

Kreisblatt des
Landkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger
des Landratsamtes,
von Bürgermeistern
intern und extern
es Kreises Borken.
Organ
der Zentrumspartei

Volksblatt

Gesetzstellen:
Bocholt, Borken, 8.
Juni 1927 und 97.
Herausg.: J. Heinrichs.
Verlag: W. Wollmann.
Vertriebs: H. Wollmann.
Verlagsort:
Dortmund 1.

Nummer 97

Freitag, den 8. April

Jahrgang 1927

Kein Einspruch des Reichsrats.

Finanzausgleich und Neuordnung der Biersteueranteile vom Reichsrat angenommen.

Berlin, 7. April.

In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats vom Donnerstag nachmittag erklärte sich der Reichsrat mit den Beschlüssen des Reichstags zu dem provisorischen Finanzausgleich einverstanden, ohne Einspruch zu erheben. Ein Antrag Sachse, Einspruch zu erheben, wurde nicht genügend unterstützt. In einer Erklärung des Vertreters von Hamburg wurden Bedenken gegen den Finanzausgleich erhoben, denen sich Bürgermeister Dr. Scholz namens der Stadt Berlin anschloß. Thüringen und Bayern ließen erklären, daß sie zwar dem Ausgleich zustimmen würden, aber nur in der Erwartung, daß dabei eine etwaige Neuordnung der Beamtenbesoldungen nicht mitberücksichtigt sei. Auch Württemberg schloß sich dieser Erklärung an.

Zu der vom Reichstag beschlossenen Erhöhung der Biersteueranteile Bayerns, Württembergs und Badens beantragte als Vertreter Preußens Staatssekretär Weismann, Einspruch gegen die Beschlüsse des Reichstags zu erheben und namentliche Abstimmung über den Einspruch. Der Vertreter Bayerns, Staatsrat von Wolf, der zugleich im Namen Württembergs und Badens sprach, wies noch darauf hin, daß es sich um einen gesetzlich begründeten Einspruch der süddeutschen Staaten handle. Auch Sachsen beantragte, Einspruch einzulegen, ebenso schloß sich Hamburg dem preussischen Antrag an. In namentlicher Abstimmung lehnte es der Reichsrat mit 37 gegen 30 Stimmen ab, Einspruch gegen die Beschlüsse des Reichstags zu erheben. Lübeck enthielt sich der Stimme. Für den Einspruch traten ein das preussische Staatsministerium, der Vertreter der Stadt Berlin, die Vertreter der Provinzen Westpreußen, Posen, Sachsen, Hessen-Nassau. Weiter stimmten für Einlegung des Einspruchs die Staaten Sachsen, Hamburg, Anhalt, Lippe und Waldeck.

Der Reichsrat erklärte sich weiter einverstanden mit den Beschlüssen des Reichstags über die Erhöhung der Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung. Die Verlängerung des deutsch-französischen Handelsprovisoriums, die eben erst vom Reichstag angenommen worden war, wurde auch dem Reichsrat entsprechend den Verfassungsbestimmungen nochmals vorgelegt. Mit großer Mehrheit entschied sich der Reichsrat dahin, von dem Reichstagsbeschluss Kenntnis zu nehmen, ohne Einspruch zu erheben.

Preußen und Sachsen haben ihre Ankündigung wahr gemacht, daß sie gegen die Neuordnung der Biersteueranteile der drei süddeutschen Staaten im Reichsrat Einspruch erheben würden. Aber der Einspruch hat keinen Erfolg gehabt, die Mehrheit des Reichsrats hat sich für die Annahme des in voriger Woche vom Reichstag verabschiedeten Gesetzes ausgesprochen. Der Einspruch Sachsens gegen den provisorischen Finanzausgleich ist völlig unter den Tisch gefallen. Somit steht der Inkraftsetzung der beiden Gesetze, von denen das zuletzt genannte für die Finanzen der Länder und Gemeinden von größter Bedeutung ist, nichts mehr im Wege.

Im Reichstag werden bekanntlich die 14 Stimmen der preussischen Staatsregierung geschlossen abgegeben, dagegen stimmen die 13 preussischen Provinzvertreter nach eigenem Ermessen. Aus der Tatsache, daß die preussische Regierung Einspruch erhoben hat, darf also nicht ohne weiteres geschlossen werden, daß die der Zentrumspartei angehörenden preussischen Mitglieder sich für den Einspruch ausgesprochen haben. Von den Provinzvertretern haben nur vier unterstützt. Unter diesen ist kein Mitglied der Zentrumspartei. Denn die Grenzmark Westpreußen-Posen war durch einen Sozialdemokraten vertreten, der sich mit dem offiziellen Reichsstaatsvertreter der Provinz, einem Zentrumsmann, allmonatlich abwechselte und jetzt an der Reihe ist. Zu diesen 18 preussischen Stimmen kommen die sieben Stimmen Sachsens, die zwei von Hamburg und außerdem Anhalt, Lippe und Waldeck mit je einer Stimme. Der deutsch-französischen Einspruch konnte nur Erfolg haben, wenn außer den genannten Ländern noch mindestens neun preussische Provinzvertreter sich auf die Seite der preussischen und sächsischen Regierung stellten. Wenn der größere Teil von ihnen, darunter die Mitglieder der Zentrumspartei, sich auf die andere Seite geschlagen haben, so geschah es deshalb, weil tatsächlich Bayern, Württemberg und Baden berechtigten Anspruch auf die höheren Zuweisungen an Biersteuer hatten. Für Preußen ist das natürlich unangenehm, noch kann hier nicht von einer Bevorzugung der süddeutschen Staaten gesprochen werden. Und völlig abwegig ist es, gegen die mit der preussischen Regierung nicht übereinstimmenden Provinzvertreter etwa, wie es das Berliner Tageblatt tut, den Vorwurf zu erheben, daß sie haben Parteigeist über pflichtgemäßes Eintreten für die Interessen des eigenen Landes gegenüber der Bevorzugung anderer Länder triumphiert. Man muß bedenken, wie wichtig eine politische Unversöhnlichkeit bei den Verhandlungen mit demokratischen Teil des preussischen Staatsministeriums seinen Ursprung hat.

Wenn oben gesagt wurde, daß jetzt der Inkraftsetzung der beiden Gesetze nichts mehr im Wege stehe, so heißt das nicht, daß es nunmehr für die Gegner des Biersteuergesetzes im Lager der Länder keine Möglichkeit mehr gebe, die Durchdringung ihrer Meinung zu versuchen. Ist doch im Verlaufe der Debatte im Reichstag schon davon die Rede gewesen, daß der Staatsgerichtshof zur Entscheidung darüber angerufen werden würde, ob die Erhöhung der süddeutschen Biersteueranteile nicht einer qualifizierten Mehrheit bedürfe, da der § 8 des Gesetzes vom 24. Juli 1919 dies verlange. Die Juristen der Reichsregierung sind aber anderer Meinung, weil Bayern schon vor dem Krieg 35 Millionen Mark aus der Biersteuer bezogen hat und nach dem heutigen Geldstande mit 45 Millionen nicht zu viel bekommen würde und weil ferner jener Paragraph die Länder nur davor schützen sollte, daß später ihnen ungünstige Änderungen an dem Gesetz vorgenommen würden. Auch juristische Autoritäten wie Professor Anschütz, der bekannte Kommentator der Reichsverfassung, und der Berliner Rechtsgelahrte Professor Kahl unterstützen die Anschauung, daß zur Erhöhung der Anteile eine einfache Mehrheit genügt. Die von dem preussischen Ministerpräsidenten Braun geführte Opposition hat sich allerdings durch diese und andere Argumente nicht von ihrem Standpunkt abbringen lassen, sodaß nach einer Leberung Brauns im Reichstag damit gerechnet werden muß, daß der Staatsgerichtshof die Inkraftsetzung des Gesetzes wird natürlich durch die Anrufung des Staatsgerichtshofes nicht verzögert.

Auswärtiger Ausschuss des Reichstages.

A Berlin, 7. April. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat heute vormittag im Beisein des Außenministers Dr. Stresemann, des Staatssekretärs v. Schubert sowie sämtlicher Vertreter der deutschen Länder zusammen, um sich zunächst mit Fragen des Saargebietes zu beschäftigen. Ferner stand auf der Tagesordnung die Beratung des Handelsabkommens zum vorläufigen Handelsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich, die Stellung Deutschlands zum albanischen Konflikt und die chinesische Frage. Der Ausschuss überwiegt nach kurzer Besprechung das Saargebiet abkommen und das deutsch-französische Handelsprovisorium zur weiteren Beratung an den Handelspolitischen Ausschuss. Es folgte dann die Besprechung über Deutschlands Politik in China, worüber sich zunächst Reichsaussenminister Dr. Stresemann äußerte.

An der Aussprache beteiligten sich neben den Vertretern des Auswärtigen Amtes, insbesondere dem Reichsaussenminister, die Abgeordneten von Kemmich (Dn.), Stöcker (L), Dr. Hoersch (Dn.), Dr. Breitfeld (L), Freiherr von Heindleben (D. Vpt.), Dr. Wirth (L), Dr. Schnee (D. Vpt.), Dr. Wiedt (D. Vpt.) und Dr. Haas (D). Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Zu der Frage, ob ein deutscher Vertreter in den albanischen Untersuchungsausschuss ein-

treten wird, erfahren wir, daß Frankreich und England entsprechende Schritte bei der italienischen, südlawischen und albanischen Regierung unternommen haben. Obwohl eine Mitteilung in schriftlicher Form noch nicht eingegangen ist, ist mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß Deutschland einen Vertreter in den Ausschuss entsenden wird. Ueber das Wesen und den Arbeitsbereich des Untersuchungsausschusses wird zurzeit noch verhandelt.

Die beiden durch die Auflösung der völkischen Fraktion im Ausschusse freigebliebenen Sitze sind den Deutschen zugewiesen. Diese haben nunmehr als weitere Vertreter die Abgeordneten Sachs-Nürnberg und Schulz-Bromberg in den Auswärtigen Ausschuss entsandt. Beide Abgeordneten haben schon in früheren Wahlperioden dem Auswärtigen Ausschuss angehört.

Krisenluft in Sachsen.

Berlin, 7. April. Die demokratische Fraktion im sächsischen Landtag hat der „Vossischen Zeitung“ zufolge an die übrigen Koalitionsparteien ein Schreiben gerichtet, worin sie um Klärung der deutschnationalen Verhältnisse, den demokratischen Fraktionsführer Dr. Seifert aus dem Koalitionsministerium zu entfernen und um Klärung hinsichtlich der von der Deutschen Volkspartei dafür angeblich gegebenen Zusätze ersucht. Für den Fall nichtbefriedigender Klärung oder Erhebung dieser Angelegenheit kündigt die demokratische Fraktion ihren Austritt aus der Koalition und die Herbeiführung von Neuverhandlungen an.

Loucheur in Berlin.

Berlin, 7. April. Der frühere französische Wirtschaftsminister Loucheur ist heute vormittag in Berlin eingetroffen.

Loucheur hatte mit einem Vertreter der „Vossischen Zeitung“ eine Unterredung über die Möglichkeiten einer internationalen Wirtschaftsverbändigung. Loucheur ist der Meinung, daß Europa nur durch gemeinsame Arbeit aus seiner bedrückenden Wirtschaftslage herauskommen könne. Es wäre aber falsch, schon jetzt die Zollgrenzen aufzuheben und womöglich ein allgemeines Programm auszuarbeiten. Der Anfang müßte vielmehr in dem Zusammenschluß einzelner Industrien gemacht werden. Ebenso wie die Stahlindustrie können auch andere große Industriezweige ohne unüberwindliche Schwierigkeiten zu internationalen Kartellen vereinigt werden. Verkehrt wäre es, derartige internationale Kartelle auf zwei Staaten beschränken zu wollen. Die meisten möglichst alle Staaten, die für einen Produktionszweig wesentlich sind, umfassen. Auf die Frage, wie weit eine Verwirklichung der internationalen Kartellierung anstrengt, erklärte Loucheur, er glaube, daß eine allgemeine Ausdehnung dieser Frage nicht nur eine Klärung der verschiedenen einzelstaatlichen Wirtschaftsgruppen anbahnen werde. Die Frage, ob es für möglich halte, auch die russische Industrie zu den Kartellen hinzuziehen, beantwortete Loucheur mit der Gegenfrage: Wie weit ist die russische Industrie? Von der Beantwortung dieser Vorfrage wird es abhängen, ob Deutschland heute in den Kreis der internationalen Wirtschaft organisch mit einbezogen werden kann. Prinzipielle Bedenken bestehen jedenfalls nicht.

Die zweite Lesung des Arbeitszeitnotgesetzes.

Das deutsch-französische Handelsprovisorium.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 7. April (Drahtber.)

Man war wieder einmal etwas zu optimistisch. In des Herzens stillen Kammern hofften nämlich sowohl die meisten Reichstagsabgeordneten wie die auch seit Beginn dieses Jahres durch die parlamentarischen Arbeiten viel geplagten Vertreter der Presse, daß die Vorlesung des Handelsabkommens heute abend geschlossen würde, um sich erst nach dem Osterferien am 9. Mai wieder zu öffnen. Die Freude war verfrüht, erst am Freitag nachmittag wird Schluss sein.

Von einer einheitlichen Plenarsitzung kann diesmal nicht gesprochen werden, denn die Beratungen wurden zweimal durch eine längere Pause unterbrochen. Zuerst waren es die Kommunisten, die gegen die Behandlung des deutsch-französischen Handelsprovisoriums Einspruch erhoben, weil die Ausschussbeschlüsse noch nicht gedruckt vorlagen. Nach einer Stunde wurde der Schaden geheilt und die Debatte konnte ihren Anfang nehmen. Im Namen der Regierungsparteien gab Reichstagsabgeordneter von Guérard, der stellvertretende Vorsitzende der Zentrumspartei, eine Erklärung ab, deren Inhalt weit davon entfernt war, den zwischen Deutschland und Frankreich getroffenen einstweiligen Abmachungen ein Loblied zu singen. Zu jeder der vier Regierungsparteien sind lebhafteste Bedenken nach, weil Deutschland gegenüber Frankreich unversöhnlich bei den Vereinbarungen den Kürzeren gezogen hat. Nur in der Erwartung, daß der

endgültige Handelsvertrag zwischen den beiden Ländern auf der Grundlage der Weizsäcker-Entscheidung abgeschlossen werden wird, konnten sich die Regierungsparteien schließlich dazu verstehen, dem Provisorium beizupflichten. Während sich die Redner der Linkspartei einigermassen Mühe gaben, den sächsischen Boden nicht zu verlassen, glaubte der Vorsitzende der Völkischen, der seitdem bekannte Abgeordnete von Gräfe, den Reichsaussenminister in höchst ungebührlicher Weise anzuhebeln zu müssen. Er bekam dann auch vom Vizepräsidenten Esser einen wohlverdienten Ordnungsruf. Aus der Abstimmung über das Handelsprovisorium, das bei Hinzuziehung der 20 Stimmenhaltungen zu den Reichsgeboten mit nur sechs Stimmen Mehrheit Annahme fand, werden auch die maßgebenden französischen Kreise erfahren, daß es dem Deutschen Reichstag bitter ernst ist mit der Erklärung, die Abgeordneter von Guérard vortrug.

Als die zweite und dritte Beratung des Entwurfs des Arbeitszeitnotgesetzes an die Reihe kommen sollte, lagen die Vorschläge der kommunistischen Fraktion ebenfalls noch nicht im Druck vor. Da die Herren Kommunisten diekschlüßigerweise auf ihrem formalen Recht bestanden, blieb dem Vizepräsidenten nichts übrig, als die Verhandlungen zum zweitenmal auf kurze Zeit zu unterbrechen. Für die Regierungspartei vertrat Abgeordneter Schwarzer von der Bayerischen Volkspartei eine gemeinsame Erklärung, die in der Hauptsache besagte, daß die Regierungsparteien trotz mancherlei Bedenken dem Entwurf zustimmen würden. Die Opposition brachte ihre schon längst bekannten Einwände vor; sie konnte aber die Annahme der Vorlage nicht verhindern. Nur insofern hatte die Linke einen Erfolg, als durch ihren Einspruch die dritte Lesung heute

nicht mehr vorgenommen werden konnte. Am Freitag wird nunmehr die Schlussabstimmung stattfinden. Die meisten Mitglieder der Oppositionsparteien werden wohl selbst kein besonderes Wohlgefallen an diesem tatsächlichen Sieg haben, denn sie müssen jetzt genau wie die übrigen Abgeordneten in Berlin bleiben, während sie andernfalls schon heute abend in die Ferien hätten fahren können.

Der Gesandtenrat über die Erlaubnispflicht für die Herstellung von Zündhölzern, um den es zu dem Intermezzo kam, in dessen Mittelpunkt der deutschnationalen Behrens stand, kommt vor der Osterpause nicht mehr im Plenum zur Beratung. Würde er völlig in der Versenkung verschwinden, so würden ihm nur wenige eine Traue nachweihen.

Reichstagspräsident Loebe, der sich bekanntlich vor einigen Wochen einer schweren Operation hatte unterziehen müssen, erschien heute zum erstenmal seit seiner Genesung wieder im Reichstag. Von allen Seiten wurde er freundlich begrüßt. Das Aussehen des Reichstagspräsidenten ist den Umständen entsprechend sehr gut. An der Sitzung im Plenarsaal nahm er nicht teil. Er wird in der aller nächsten Zeit seine Erholungsreise antreten.

Sitzungsbericht.

Berlin, 7. April.

Die Reichstagsitzung begann mit der Beratung des in Gesetzesform eingebrachten Antrages der Deutschen, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und Bayerischen Volkspartei, wonach der Kustengarantiedienst des Reiches

für Lieferungsgegenstände nach der Sowjetunion erneut bis zum Höchstbetrage von 25,5 Millionen übernommen werden soll. Auf Antrage des Abg. Frid (N.-S.) erwidert Wirtschaftsminister Dr. Curtius, daß die Ausfallbürgschaften, die hier übernommen werden sollten, mit der Mologa nichts zu tun hätten.

Der Antrag wird in allen drei Lesungen angenommen. Auch das deutsch-französische Abkommen über die Unterhaltung der Saargrenze wird in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen.

Hierauf kommt es zu einem kurzen Intermezzo wegen der

Beziehungen des deutschnationalen Abg. Behrens zum internationalen Zündholzstreit.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags an den bekanntlich gestern der Zündholzgesellschaft nach Vorwürfen des Sozialdemokraten Behrens gegen Behrens als Berichterstatter des Ausschusses zurückgewiesen worden war, hatte dieser heute vormittag dazu, daß er als Mitglied des Ausschusses der Preussischen Hypothekendarlehenbank A.-G. nicht zu einer objektiven Berichtserstattung geeignet sei, bereits die Erklärung abgegeben: „Ich habe weder damals noch später Kenntnis davon gehabt, daß die Gesellschaft in irgend einer Beziehung zum Zündholzstreit stand. Den Zündholzgesellschaften habe ich erst kennen gelernt, als ich in die Angelegenheiten der Sache hineingekam. Ich habe nur deutsche Interessen vertreten. Ob ich zurücktreten soll, müssen meine Parteifreunde entscheiden. Hierzu gab nun Behrens in der Plenarsitzung noch folgende Erklärung ab: Unter dem Vorwurf, ich hätte es als Ausschussberichterstatter an der notwendigen Objektivität fehlen lassen, hat man gestern das Zündholzgesetz an den Ausschuss zurückverwiesen. Der Vorwurf hat sich heute im Ausschuss als völlig falsch herausgestellt. (Lebhafter Widerspruch folgt.)“ Im Ausschuss hat ja gar keinen Bericht gefaßt.“ Im Ausschuss hatte niemand daran Anstoß genommen, daß mir die Berichtserstattung übertragen wurde. Die ganze Zurückverweisung an den Ausschuss ist offenbar nur auf die Absicht zurückzuführen, die Angelegenheit zu verschleiern. Ich stelle fest, daß ich dem Ausschussrat der Norddeutschen Zündholzgesellschaft nur wenige Monate des Jahres 1925 angehört habe. Ganz unabhängig davon

wurde ich im Oktober 1925 in den Aufsichtsrat der Preussischen Hypotheken-Affidavitbank gewählt.

Meine Tätigkeit dort beschränkte sich ausschließlich auf landwirtschaftliche Hypothekenbesicherungen und Vertretung der Interessen der Landbesitzer.

Simon-Franken (Z.) stellt als Vorsitzender des Volkswirtschaftlichen Ausschusses fest, daß er selbst im Ausschuss erklärt habe, wenn er die Zusammenhänge, die Abg. Behrens (Z.) gestern im Plenum mitgeteilt habe, vorher gekannt hätte, würde er

die schwersten Bedenken gegen die Erneuerung des Abg. Behrens als Berichterstatter

erhoben haben. (Unruhe rechts)

Ein zweites Intermezzo betrifft

Dr. Wirth und das Subventionsgesetz der Mologa.

In einer persönlichen Bemerkung erklärt Abg. Dr. Wirth (L.): Dr. Frid hat mir im Anschluß an die Mologa-Angelegenheit den Vorwurf parlamentarischer Korruption gemacht. (Abg. von Gräfe (L.): Fühlen Sie sich getroffen?) — Sowohl Dr. Frid wird wohl selbst den Mut haben, zuzugestehen, daß er Dr. Saas und mich damit gemeint hat. Ich bin

niemals an die Regierung herantreten mit irgendeinem Antrag, die Mologa zu subventionieren, und bitte den Reichswirtschaftsminister zu erklären, ob ich irgend einen Versuch unternommen habe, in die sächsische Erhebung der Angelegenheit einzugreifen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius: Die Frage des Abg. Dr. Wirth kann ich verneinen, soweit ich selbst, mein Amtsbereich und mein Wissen in Frage kommt (Lärm, Lachen).

Hierauf wird eine Entschließung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses angenommen, nach Rückzahlung der Abwicklungsgebühren zur baldigen Entlastung der Landwirtschaft Mittel bereitzustellen. Mit Rücksicht darauf, daß die Ausschussbeschlüsse noch nicht gedruckt vorliegen, wird die Beratung des Arbeitszeitnotgesetzes heute

OSTER-ANGEBOTE in Damen- und Herren-Konfektion

Damen-Mäntel

Mäntel aus guten Kasch- und ähnlichen Stoffen	37 ⁵⁰	17 ⁵⁰	9 ⁷⁵
Mäntel aus reinwollenen Rips in vielen Farben	27 ⁵⁰	19 ⁷⁵	16 ⁷⁵
Mäntel la Schatten-Rips, moderne Fassons	58 ⁰⁰	37 ⁵⁰	29 ⁵⁰
Mäntel Herrenstoff in den neuesten Fassons	17 ⁵⁰	13 ⁷⁵	9 ⁷⁵
Mäntel aus reinwoll. Herrenstoffen	65 ⁰⁰	48 ⁰⁰	29 ⁵⁰

Frauen-Mäntel
aus la. Rips und Herrenstoff bis zu den größten Weiten

34 ⁵⁰	45 ⁰⁰	68 ⁰⁰
------------------	------------------	------------------

Bleyle-Knaben-Anzüge
in allen Größen und Fassons.

Herren-Anzüge

Anzüge aus guten Stoffen u. in guter Verarbeitung	48 ⁰⁰	39 ⁵⁰	27 ⁵⁰
Anzüge aus la. Buxkin- und Kammergarn-Qual.	86 ⁰⁰	75 ⁰⁰	58 ⁰⁰
Blaue Anzüge la. Kammergarn-Qual, 1- und 2-reihig	98 ⁰⁰	78 ⁰⁰	65 ⁰⁰
Sport-Anzüge aus Cord u. gem. Stoffen	86 ⁰⁰	68 ⁰⁰	46 ⁰⁰

Knaben-Anzüge
besonders preiswert!

Knaben-Anzüge aus guten Buxkinstoffen offen und hochgeschlossen	12 ⁵⁰	9 ⁷⁵	6 ⁷⁵
Knaben-Anzüge in modernen Fassons und Stoffen a Gr. 2	24 ⁵⁰	18 ⁷⁵	14 ⁷⁵
Blaue Knaben-Anzüge Blusen- und Jackenform	22 ⁷⁵	14 ⁷⁵	7 ⁵⁰
Kieler-Anzüge ausgesuchte Qual. in Original-Kielerform, Gr. 0	27 ⁵⁰	22 ⁵⁰	18 ⁷⁵

Herren-Mäntel

Schweden-Mäntel aus la. Cabardine-Stoffen	86 ⁰⁰	68 ⁰⁰	34 ⁵⁰
Covercoats auf Satinella gefüttert	78 ⁰⁰	65 ⁰⁰	48 ⁰⁰
Loden-Mäntel beste Münchener Fabrikate	38 ⁰⁰	27 ⁵⁰	19 ⁷⁵
Gummi-Mäntel in glatten und gem. Stoffen	34 ⁵⁰	23 ⁵⁰	14 ⁷⁵

Damen-Kleider

Kleider aus reinwollenem Popeline in moderner Form	14 ⁵⁰	9 ⁷⁵	7 ⁵⁰
Kleider aus reinwollenem Rips in hübschen Fassons	27 ⁵⁰	19 ⁵⁰	14 ⁷⁵
Kleider aus la. Rips in entzückenden Fassons	58 ⁰⁰	45 ⁰⁰	34 ⁵⁰
Kleider aus Taffel, Seide u. Crepe de chine	27 ⁵⁰	19 ⁷⁵	14 ⁵⁰
Blusen in Welle und Seide	24 ⁵⁰	17 ⁵⁰	9 ⁷⁵

Damen-Kostüme
aus Kammergarn, Rips und Herrenstoffen in hübschen Fassons

29 ⁵⁰	48 ⁰⁰	75 ⁰⁰
------------------	------------------	------------------

Herren-Artikel
wie Oberhemden, Binder und Wäsche sehr vorteilhaft.

Palmsonntag ist mein Geschäft bis 6 Uhr abends geöffnet.

Hermann Pottmeyer am Markt.

Nachruf.

Bestern verschied nach längerem schweren Leiden der
Lagerarbeiter
Anton Hagedorn
Sein Fleiß und seine kollegiale Gesinnung gegenüber seinen Mitarbeitern sichern ihm ein ehrenvolles Andenken.
Firma Johann Borgers
deren Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen.

Nachruf.

Am Dienstagabend starb unser Weber
Ludwig Eiting
Er war ein Muster an Fleiß und Gewissenhaftigkeit. Wir werden ihm ein ehrenvolles Andenken bewahren.
Wilh. Wolterink & Co.

Nachruf.

Am Dienstagabend starb unser lieber Kollege
Ludwig Eiting
Er war uns stets ein lieber Mitarbeiter, dessen Andenken wir in Ehren halten werden.
Die Angestellten, Arbeiter u. Arbeiterinnen der Firma
Wilh. Wolterink & Co.

Herr Anton Hagedorn

Nach Gottes heiligem Willen entschlief am 6. April mittags 12 Uhr mein unvergesslicher Vater, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der wohlachtbare
Herr Anton Hagedorn
Er starb nach einem langen, schweren, mit musterhafter Geduld ertragenem Leiden, gestützt durch den ständigen Empfang der hl. Sterbsakramente, im Alter von 48 Jahren.
Um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten
im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Frau Wwe. Anton Hagedorn
geb. Winter.
Bocholt, Dingen, den 7. April 1927.
Das hl. Seelenamt findet statt am Samstag morgen 9 Uhr in der St. Georgskirche, danach die Beerdigung von der Kirche aus, wozu frdl. eingeladen wird.
Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, so bitten wir, diese als solche zu betrachten.

Ludwig Eiting

Am Dienstagabend 9 Uhr entschlief nach kurzer, schwerer Krankheit mein lieber, unvergesslicher und Onkel
Ludwig Eiting
Er starb wohl vorbereitet durch einen christlichen Lebenswandel, versehen mit den hl. Sterbsakramenten im Alter von 57 Jahren. Sein Leben war Sorge für die Seinen.
Um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Bocholt, den 8. April 1927.
Das hl. Seelenamt findet statt Samstag morgen 8 Uhr in der Liebfrauenkirche, danach die Beerdigung vom Sterbehause, Schöneberg 26 b, wozu frdl. eingeladen wird.

Restaurant Kaisergarten

Sonntag, den 10. April, ab 5 Uhr
KONZERT
8 Uhr: **Schluß des großen Preisschießens**

Frau Ww. Theodor Schütt

Johanna geb. Conoent
zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.
Sie starb nach längerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, wohl vorbereitet durch den andächtigen Empfang der hl. Sterbsakramente, im 72. Lebensjahre.
Um stille Teilnahme und ein andächtiges Gebet für die liebe Verstorbenen bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Anholt, W., Werbold, s. Heerenberg (Holland), Nordhausen, Hamborn, Emmerich, den 6. April 1927.
Die Beerdigung findet statt am Samstag, den 9. April, morgens 9 Uhr vom St. Augustin-Hospital aus, danach das feierliche Seelenamt in der Pfarrkirche zu Anholt.
Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, so bitten wir, diese als solche zu betrachten.

DEN MODERNEN HERRENHUT

in Rauhaar und glatt,
blaue Klubmützen u. Sportmützen
finden Sie in großer Auswahl und in bekannt guter Qualität bei
HERMANN WIELERS
NEUSTRASSE 9.
Regenschirme in großer Auswahl, schwarz und farbig.
KRAWATTEN SPAZIERSTÖCKE

Frauen-Unterkleidung

wie Combinationen, Hemdhosen, Schläpfer, Röcke usw.
zur Erzielung der eleganten, schlanken Figur
in allen Größen, Farben und Preisen vorrätig.
SPEZIAL-KORSETT-GESCHÄFT
FRAU HELENE KÖHLER
BOCHOLT i. W., Markt 6

Das Sechswochen-Seelenamt

für den verstorbenen
Fabrikanten
Ernst Hulvershorn
findet statt am Samstag, den 9. April, morgens 9 Uhr, in der Liebfrauenkirche, wozu freundlichst eingeladen wird.

Kyllhäuser-Verband der Kb. u. Kh. Ortsgruppe Bocholt.

Zu der am Sonntag, den 9. April 1927, abends um 8 1/2 Uhr im „Bürgertrug“ stattfindenden

Monats-Berammlung

laden wir hiermit unsere Mitglieder freundlichst und dringend ein, mit der Bitte wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung pünktlich zu erscheinen.
Auswärtiger Redner zur Stelle.
11. a. Beipredigtung des Stiftungsjubiläums 80. April 1927.

Der Vorstand.

Turnverein Bocholt e. V. 1867

Sonntag, den 10. April
Schnitzeljagd
Sammelpunkt Reichsbank.
Abmarsch 3 Uhr.
Rege Beteiligung erwartet.
Der Turnrat.

Bestellungen auf Bohnenstangen

nehmen jetzt schon entgegen.
Gerb. Fehlings & Co.,
Bocholt, Ewaldstraße.
Tel. 2021.

Vertretung!

Leistungsfähige Papiergroßhandlung sucht tücht. bei der Industrie best. eingeführte Vertreter.
Angebote mit Ref. u. G. 2317 an die Geschäftsst. ds. Bl. erbitten.

Die vielen Forderungen
Mittelstand schon seit
Verwaltung steht, v
Denn wenn ein bish
den man zu den ruh
gewohnt war, Regun
kennen gibt, die ma
stellung frei sind, mu
seine Lage besteht sein
Es ist jedoch auch
genüber dem p
kaufmännischen
die sich den alten poli
die bekannten Parteien
drückt, daß die best
werden bezw. daß man
Leben abwendet. Ni
terstört diese Verdr
nehmbarer Sehnen des
nach mehr Rücksichtn
rufs- und Standesgru
selbst nach sich um die
auf den Grund gehen
Der Einzelha
schen Zentrums
der Uninteressierthei
tischen Leben entgegen
ziehung des kaufmänn
tischen Gedanken eine
ermöglichen helfen, dan
tigten Forderungen
gewährleistet werden
gerichtete Arbeit ist n
eine Linie in unserer
einen mittelständ
woburd lechten Ende
taltung angetrieben
genen Woche auch noch
bandes des deutschen
Ravené, auf einer
Der kaufmännische M
wenig bisher gefestigt
heute auf morgen den
rungsgruppen gegenüber
Wenn heute noch d
den kaufmännischen M
digen Erleichterungen
nicht geringen Teil au
Politik des Zent
vor allem um die J
verbient gemacht hat,
Jahresdruck von 1918
Episode blieb. Erinne
daß die Tumulte und
ein verhältnismäßig
und der Verzug des
landes verhältnismäßig
wurden wir durch die
unserer Arbeit erhebli
schaftliche Zusammenbr
erhöhte Opfer des Best
gutmachen. Aber tro
über unser aller Haupt
uns, wieder festen Gru
men. Dies wird in der
m. G. zu wenig gewürd
daß der kaufmännische
neuen Terrain nicht de
rungsgruppen einnimmt,
glaubt, daß in der W
auf Schutz und Förder
auch dann erfüllt, wen
immer wieder auf den K
macht werden. Die For
stände werden auch best
rühriger sind und sich
wend große Zahl von W
hat, die die schwere Arb
wollen.
Die Parteien auf de
von sich aus allerdings
für die zu schwach gewo
männischen Mittelstand
Lasten gerechter zu vert
bei einer Würdigung de
Mittelstand geleisteten
noch nicht bei ihnen das
schwere und ernste Lage
nach geglaubt wird, daß
gebehe und die auferleg
kann. Hierin die nötige
der dringenden Aufgab
Es ist nicht nur der
männische Mittelstand
wenig danach gestrebt
großen Parteien zu erha
wurde noch dadurch bega